

II. Die Haltung der DDR zur PLO-Gründung 1964 und die Politik Walter Ulbrichts bis 1967

Die 1958 vom MfAA umrissenen Prinzipien in der Palästinalpolitik veränderte auch die erste offizielle Stellungnahme Ost-Berlins zur dieser Thematik sechs Jahre später nicht. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, schrieb am 5. September 1964 in seinem „Grußtelegramm“ an die „Zweite Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter“: „Die Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik halten eine Lösung des Palästinaproblems auf der Grundlage der Beschlüsse der UNO für dringend erforderlich.“¹⁰⁸ Auch wenn diese Erklärung lediglich wiederholte, was das MfAA 1958 festgeschrieben hatte, waren Ulbrichts Worte aufgrund des Zeitpunktes bemerkenswert. Als die erste Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter neun Monate zuvor, im Januar 1964, in Kairo getagt hatte, war aus Ost-Berlin keine Grußbotschaft abgesandt worden, obwohl dieses Treffen für eine „Lösung des Palästinaproblems“ viel wichtiger war. Denn die erste Konferenz beschloss auf ägyptische Initiative, dem „représentant arabe pour la Palestine“ bei der Liga der arabischen Staaten ein Mandat zu erteilen, um eine eigenständige politische Organisation der Palästinenser aufzubauen¹⁰⁹.

Von Ahmad Hilmi Abd al Baqi zu Ahmad Shuqairi

Das Amt des „représentant arabe pour la Palestine“ im Rat der Liga der arabischen Staaten existierte seit deren Gründung 1945 und war im Herbst 1963 mit dem Präsident Nassir loyal ergebenen Ahmad Shuqairi neu besetzt worden¹¹⁰. Shuqairi besaß wie sein Vorgänger, Ahmad Hilmi Abd al Baqi, der diese Funktion seit Anfang der 1950er Jahre bis zu seinem Tod Ende Juni 1963 ausgeübt hatte, kein Stimmrecht, war also nicht souveränes Mitglied der arabischen Staatenvertretung, sondern trat lediglich als Beobachter in den Sitzungen des Ligarates auf¹¹¹. Die Berufung Shuqairis zeigte aber, dass Ägypten die Liga benutzen wollte, um eine partielle Aufwertung der Palästinenser zu erreichen, wobei nach wie vor

¹⁰⁸ So Grußadresse, in: Staatsverlag der DDR, Dokumente, Bd. XII, S. 591. Vgl. auch Polkehn, DDR, S. 32f.; ADN: Gruß an arabisches Gipfeltreffen, in: ND, 05.09.1964, S. 1. Timm, Davidstern, S. 269, verweist in diesem Sinn zu Unrecht auf eine mutmaßlich erst Ende der 1960er Jahre von der Führung der DDR offiziell gezeigte „Sympathie und Unterstützung“ für den Befreiungskampf „des arabischen Volkes von Palästina“.

¹⁰⁹ Vgl. Sayigh, Struggle, S. 95; Shemesh, Entity, S. 37; Selim, Nonstate Actor, S. 261f.; Cairo Arab Summit Conference, Januar 1964, in: Fraser, Middle East, S. 98f.

¹¹⁰ Vgl. Khader, Ligue, S. 323; Boutros-Ghali, Ligue, S. 34f.; Salmon, Proclamation, S. 51; Dann, Hussein, S. 140; Beeri, Leadership, S. 454; Emig, Liga, S. 34–38; Shemesh, Founding, S. 119.

¹¹¹ Vgl. ebd., S. 118f.; Boutros-Ghali, Ligue, S. 34–46; Khader, Ligue, S. 322f.; Emig, Liga, S. 34–41; Salmon, Proclamation, S. 51; Dann, Hussein, S. 140; Beeri, Leadership, S. 454. Vgl. auch die Angaben der Ständigen Beobachtermission des Staates Palästina bei den VN unter www.un.int/wcm/content/site/palestine/cache/offonce/pid/12004 (02.06.2013).

kein unabhängiger palästinensischer Staat das Ziel war¹¹². Da Shuqairi Ende 1963 unmittelbar nach seiner Demission als Repräsentant Saudi-Arabiens bei den Vereinten Nationen von Nassir nominiert worden war und er sowohl Palästina bei der Liga der arabischen Staaten als auch auf der bevorstehenden Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York vertreten sollte, kam die Einsetzung Shuqairis zudem einem ägyptischen Erfolg über den innerarabischen Haupttrivalen der antihaschimitischen Allianz gleich: Riad¹¹³.

Ahmad Shuqairis Berufung war eine Zäsur. Denn seit 1945 hatten diverse Komitees unter der Ägide der Liga der arabischen Staaten, unter der Dominanz Ägyptens oder geführt als private Vereinigungen die Interessen der palästinensischen Araber vertreten. Neben dem „All Palestine Government“ war die von Musa al Alami geleitete sogenannte Arab Development Society (ADS), die ursprünglich 1945 durch die Liga der arabischen Staaten ins Leben gerufen worden war, aber ab 1947 in Konkurrenz zu ihr stand, bis in die 1960er Jahre eine der wichtigsten dieser Institutionen¹¹⁴. Die ADS finanzierte vor allem humanitäre Projekte in Palästina, half, die palästinensischen Flüchtlinge zu versorgen, eröffnete aber auch Büros in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten¹¹⁵. Ab Herbst 1963 war nun Shuqairi zum ersten Mal von allen Mitgliedern der Liga – auch Jordaniens – mit Vollmachten auf der Ebene der Vereinten Nationen betraut worden. Der Prozess, der bis Januar 1964 zu Shuqairis Auftrag, eine politische Vertretung der Palästinenser zu gründen, führte, hatte mithin Monate zuvor begonnen, als er Nachfolger des verstorbenen Ahmad Hilmi Abd al Baqi wurde¹¹⁶.

Anfang November 1963 nahm Shuqairi schließlich als Leiter einer „Palestine Arab Delegation“ an der Vollversammlung der Vereinten Nationen teil und sprach vor dem Special Political Committee im Rahmen der Debatte über den Bericht der UNRWA¹¹⁷. Anders als bei den unter Leitung der Vereinten Nationen 1949/50 abgehaltenen Konferenzen, an denen auch palästinensische Abordnungen teilgenommen hatten, war Shuqairis Delegation 1964 die erste seit Gründung der VN, die vor der Generalversammlung anstelle arabischer Regierungen zur Frage Paläs-

¹¹² Vgl. Shemesh, *Founding*, S. 118f.

¹¹³ Vgl. ebd.; Maddy-Weitzman, *Chafing at the Bit*, S. 183–193; Dann, Hussein, S. 140; Beeri, *Leadership*, S. 454; Smith, *Conflict*, S. 270. Ahmad Shuqairi fungierte seit 1958 als Vertreter Saudi-Arabiens bei den VN. Zuvor war er in dieser Funktion für Syrien tätig gewesen, vgl. UN A/CONF.13/C.1/SR.51–55, UN Conference on the Law of Sea, 18. 04. 1958, paras. 25–29; UN S/1952/2502, Letter from the Representative of Israel Addressed to the President of the Security Council, 29. 01. 1952; UN A/7/PV.406, PCC-Report, 18. 12. 1952, paras. 78–88; UN A/SPC/SR.399, UNRWA-Report, 05. 11. 1963, para. 6; Arab Aide to Push Palestinian Cause, in: NYT, 13. 10. 1963, S. A27; Gowers/Walker, *Myth*, S. 39. Zu der v. a. von Kairo u. Riad angeführten antihaschimitischen Front vgl. Teitelbaum, *Rise and Fall*, S. 1–10, 37–125; Nowar, *Jordanian-Israeli War*, S. 406f.; Schulze, *Islamischer Internationalismus*, S. 5, 68–86, 125–136.

¹¹⁴ Vgl. Furlonge, *Palestine*, S. 137–139, 150; Khader, *Ligue*, S. 322.

¹¹⁵ Vgl. ebd.; Furlonge, *Palestine*, S. 139, 167–186, 200–211.

¹¹⁶ Vgl. Shemesh, *Founding*, S. 118f.; Schechtman, *Mufti*, S. 280–282; Beeri, *Leadership*, S. 454f.

¹¹⁷ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 96f.; UN A/SPC/90, UNRWA-Report, 06. 11. 1963; UN A/18/PV.1269, SPC-Report, 03. 12. 1963, para. 2.

tinias gehört wurde und hierfür durch einen Beschluss der Liga der arabischen Staaten legitimiert war¹¹⁸. Shuqairi betonte in seiner Rede vor dem Special Political Committee: „In accordance with the principles and objectives of the Charter [der Vereinten Nationen], the people of Palestine must be represented during the consideration of the problem since they were the principal party in the matter, [...]. It had been alleged at the 398th meeting that this group [die von Shuqairi angeführte palästinensische Delegation] represented no one. In fact it represented the people of Palestine and should be right take its place at the United Nations as a sovereign member. [...] The people of Palestine took a very serious view of the matter. They could not wait indefinitely. [...] Palestine could be the scene of a liberation movement by the people of Palestine and no one should be surprised if that happened.“¹¹⁹

Die Vertretung des MfAA in Kairo informierte das Ministerium in Ost-Berlin im Dezember 1963 über die politischen Konsequenzen des Auftretens der palästinensischen Delegation vor den Vereinten Nationen. Ihnen sei mitgeteilt worden, so die Diplomaten, dass Shuqairi nach Rückkehr aus New York mit ägyptischen Stellen „ein Projekt entworfen“ habe, über das aktuell beraten werde: „Innerhalb der nächsten 7 Wochen und nach Beendigung der Konsultationen mit den arabischen Regierungen soll bekannt gegeben werden, welche Länder Palästina unterstützen und welche die Interessen Palästinas verletzen.“¹²⁰ Weiter hieß es: „Unsererseits muss überlegt werden, wie wir uns verhalten. Nach der Tagung der arabischen Liga wurde deutlich, dass das Interesse besteht, die Palästina-Delegation [im Rat der Liga der arabischen Staaten unter Vorsitz Shuqairis] international anerkennen zu lassen. [...] Es wird für zweckmäßig gehalten, schrittweise Verbindung aufzunehmen und auf der Grundlage des UNO-Beschlusses [gemeint ist die 1963 verabschiedete Resolution 1912 der Generalversammlung] die Rückführung der Palästina-Flüchtlinge zu unterstützen. Damit nützen wir unseren Beziehungen zur VAR, legen uns fest gegenüber Israel [im MfAA wurde zwischen „uns“ und „fest“ handschriftlich das Wort „nicht“ eingefügt] und schaden nicht den Beziehungen mit den anderen arabischen Ländern. [...] Möglicherweise könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Deutsch-Arabische Gesellschaft eine Einladung zu einen Besuch Shukeiris in der DDR aussprechen, um ihm die Möglichkeit zu geben, seine Ansichten in der DDR selbst darzulegen und den Standpunkt der Regierung der DDR kennenzulernen.“¹²¹ Es erfolgte keine Reaktion des MfAA. Sie blieb auch aus, als tatsächlich im Januar 1964 die erste Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter Shuqairi den Auftrag erteilte, eine selbst-

¹¹⁸ Vgl. UN A/SPC/89, Letter from the Permanent Representatives of Algeria, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Morocco, Saudi-Arabia, Sudan, Syria, Tunisia, the United Arab Emirates and Yemen Addressed to the Chairman of the SPC, 31. 10. 1963. Zur Teilnahme palästinensischer Vertreter an den VN-Konferenzen vgl. Shlaim, Collusion, S. 386–425, 461–490.

¹¹⁹ So UN A/SPC/SR.399, UNRWA-Report, 05. 11. 1963, paras. 3, 14. Vgl. ebs. Shuqairis Ausführungen in: UN A/SPC/90, UNRWA-Report, 06. 11. 1963.

¹²⁰ So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 09. 12. 1963, Bl. 41.

¹²¹ So ebd. Zur Resolution 1912 vgl. UN A/RES/XVIII/1912, Resolution, 03. 12. 1963.

ständige Organisation der Palästinenser zu gründen, um das im Herbst 1963 entworfene „Projekt“ zu beginnen.

Mitte Februar 1964 trafen sich erstmals Ost-Berliner Diplomaten mit einem Mitarbeiter des „représentant arabe pour la Palestine“ bei der Liga der arabischen Staaten in Kairo und bekräftigten in ihrem im Anschluss an das Gespräch verfassten Bericht an das Ministerium die bereits im Dezember 1963 vorgebrachte Meinung. Sie plädierten außerdem dafür, den Vertreter Palästinas bei der Liga der arabischen Staaten offiziell in der DDR zu empfangen¹²². Der Direktor des palästinensischen Vertretungsbüros bei der Liga habe signalisiert, dass eine ausgesprochene Einladung sicher angenommen werde. Ein Besuch könne, so die Mitarbeiter des MfAA in Kairo, die Chancen erhöhen, später eine Mission der Liga der arabischen Staaten in Ost-Berlin zu eröffnen¹²³. Unerwähnt blieb, dass die Liga eine Aufwertung der DDR mehrheitlich weiterhin ablehnte. Nichtsdestotrotz wurde erneut deutlich, dass die Diplomaten vor Ort auf eine offensive Reaktion des Ministeriums drängten. Die Vertretung in Ägypten erhielt aber auch jetzt keine Weisung¹²⁴.

Am 19. April 1964 stellte man in einem neuen Schreiben aus Kairo ernüchert fest, dass vier Wochen vor dem geplanten Gründungskongress der PLO „noch keine Einladung, weder an uns noch an die sozialistischen Staaten“ ergangen sei¹²⁵. Zwei Tage später reagierte nun die Nahostabteilung des MfAA und teilte dem Presseressort des Hauses mit, dass entschieden worden sei, „zur Konferenz der arabischen Staaten über das Palästina-Problem, die am 28. Mai in Jerusalem (jordanischer Teil) [Ost-Jerusalem] mit dem Ziel der Konstituierung einer Palästina-Körperschaft beginnen soll, einen Journalisten als Beobachter zu entsenden. Wir bekunden damit unser Interesse an der Lösung des Palästina-Problems und an der Politik der arabischen Staaten allgemein. Aufgabe des Journalisten wäre es, den Konferenzverlauf exakt zu verfolgen und einzuschätzen. Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, darauf hinzuweisen, dass es nicht zweckmäßig erscheint, das Palästina-Problem ausführlich in der DDR-Presse zu behandeln. Die Teilnahme an dem Kongress muss als Ausgangspunkt zur Lösung anderer wesentlicher Aufgaben dienen.“¹²⁶ Zu ihnen zählte das Ministerium die „intensive“ Nutzung von „Informationsgesprächen“ mit jordanischen Persönlichkeiten¹²⁷. Weiter

¹²² Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 17. 02. 1964, Bl. 26f. Der Generalsekretär der Liga hatte Ende August 1963 erstmals, gleichwohl privat, die DDR bereist, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.765, Bericht, o. D., ca. September 1963, Bl. 1-14; ADN: Generalsekretär Hassouna in Berlin, in: ND, 15. 08. 1963, S. 1; ADN: Hassouna beim Staatsrat, in: ND, 17. 08. 1963, S. 1; ADN: Abdel Khalek Hassouna sprach mit Willi Stoph, in: ND, 18. 08. 1963, S. 1.

¹²³ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 17. 02. 1964, Bl. 25-27.

¹²⁴ Auch während des Besuches des Generalsekretärs der Liga der arabischen Staaten in der DDR wurde die palästinensische Thematik nicht behandelt, vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 12.765, Bericht, o. D., ca. September 1963, Bl. 1-14.

¹²⁵ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 19. 04. 1964, Bl. 1.

¹²⁶ So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der 3. AEA an Abt. Presse, 21. 04. 1964, Bl. 3.

¹²⁷ So ebd.

hieß es: „Wir hoffen, dass wir dadurch bestimmte Hinweise und Anregungen für die zukünftige Gestaltung unserer Beziehungen zu Jordanien erhalten werden.“¹²⁸ Unmissverständlich brachte die Nahostabteilung des MfAA damit zum Ausdruck, dass in Ost-Berlin kein Interesse an der „Palästina-Körperschaft“ bestand, sondern versucht werden sollte, die Anwesenheit eines ostdeutschen Journalisten auf dem Gründungskongress der PLO für die „wesentlichen“ politischen Aufgaben zu nutzen; etwa die Beziehungen der DDR mit Jordanien zu vertiefen. Da König Hussain den ägyptischen Vorschlag, eine palästinensische Befreiungsorganisation ins Leben zu rufen, nur widerwillig unterstützte, war der Erfolg dieser Überlegung zweifelhaft¹²⁹.

Es fand sich aber auch kein Pressevertreter, der dem Vorschlag des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten hätte Folge leisten können. Nachdem sich das MfAA am 29. April 1964 an den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) gewandt und „empfohlen“ hatte, den ADN-Korrespondenten in Kairo zum Gründungskongress der PLO zu delegieren, antwortete der stellvertretende Generaldirektor des ADN, dass er „nach eingehender Überlegung“ bitte, davon abzusehen, einen Journalisten zu entsenden, da sich der einzige infrage kommende Mitarbeiter ab Anfang Mai im Urlaub befinde¹³⁰. Erst jetzt entschied das Ministerium, einen Angehörigen seiner Kairener Mission nach Ost-Jerusalem zu entsenden. In einer Weisung umriss man den Handlungsspielraum dieses Abgesandten eindeutig und schrieb, in Gesprächen sei eine Stellungnahme zum Palästina-Problem zu vermeiden, wobei ergänzt wurde: „Sollten Stellungnahmen unumgänglich sein, dann müsste darauf hingewiesen werden, dass die DDR, ausgehend von den Prinzipien ihrer Außenpolitik, für die friedliche Lösung von Grenzstreitigkeiten und für die Einhaltung der entsprechenden Palästina-UNO-Beschlüsse eintritt.“¹³¹

Rund drei Wochen später trafen am 20. Mai 1964 in Kairo zum ersten Mal Vertreter der ostdeutschen Regierung Ahmad Shuqairi¹³². Entgegen der ausdrücklichen Betonung im späteren Bericht an das MfAA war dies aber nicht die „erste Begegnung von Repräsentanten der DDR mit einem Vertreter der Palästina-Organisation“, denn diese Organisation wurde erst später gegründet¹³³. Am 20. Mai trat Shuqairi noch in seiner Funktion als Vertreter Palästinas bei der Liga der arabischen Staaten auf. Zu Beginn des Gespräches erklärte Shuqairi, „dass er einen derartigen Kontakt von ganzem Herzen begrüß[e]. Er führte weiter aus, dass die

¹²⁸ So ebd.

¹²⁹ Zur jordanischen Haltung vgl. Dann, Hussein, S. 139–141; Shemesh, *Founding*, S. 113–119, 126–129; Sayigh, *Struggle*, S. 96–100. Nach der Ermordung König Abdallahs 1951 folgte ihm zunächst sein Sohn Talal und 1952 sein Enkel Hussain auf den Thron. Vgl. Habib Hussein, *Père et Fils*, S. 19f., 116f., 145–160; Satloff, *From Abdullah to Hussein*.

¹³⁰ Vgl. BArch, DC 900/3852, Schreiben des MfAA an den ADN, 29. 04. 1964; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des ADN an das MfAA, 30. 04. 1964, Bl. 7; BArch, DC 900/3852, Ausbildungsplan, 15. 04. 1964.

¹³¹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des MfAA an die Vertretung Kairo, 06. 05. 1964, Bl. 9.

¹³² Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 25. 05. 1964, Bl. 11–13. Vgl. auch Meining, *Kommunistische Judenpolitik*, S. 307.

¹³³ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 25. 05. 1964, Bl. 11.

Palästina-Vertretungskörperschaft ein großes Interesse habe, Kontakte zu allen befreundeten Ländern und Staaten herzustellen, da sie in weitgehendstem Maße deren moralische und materielle Unterstützung in ihrem Kampf um die Rechte des Volkes von Palästina benötigen würde.“¹³⁴ Unumwunden erklärte einer der beiden MfAA-Mitarbeiter anschließend, dass er „den Auftrag“ habe, „an der Eröffnung des Kongresses der Palästina-Organisation in Jerusalem als Vertreter der DDR teilzunehmen“; man wolle Shuqairis Meinung zu dieser „Absicht“ erfragen¹³⁵. Erwartungsgemäß erhielt der Repräsentant der DDR in Kairo als Antwort, er sei „selbstverständlich [...] jederzeit herzlich willkommen“ und eingeladen, „an der Eröffnung des Kongresses“ teilzunehmen¹³⁶.

Shuqairi habe, so der Bericht, versichert, sich persönlich beim jordanischen König einsetzen zu wollen, um die Frage des ausstehenden Visums für den ost-deutschen Kongressbeobachter zu klären¹³⁷. Darüber hinaus habe Shuqairi den Mitarbeitern des MfAA „zu verstehen gegeben“, dass er die DDR besuchen wolle und interessiert sei, Palästinenser an der Militärakademie der DDR ausbilden zu lassen; „ohne weiter darauf einzugehen“ habe man dies lediglich „zur Kenntnis“ genommen¹³⁸. Die Vertreter des MfAA verabschiedeten sich von Shuqairi „mit den besten Wünschen für das Gelingen der bevorstehenden Gespräche mit N.C. Chruschtschow“¹³⁹.

Abgesehen davon, dass laut Nachweis des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen der DDR die ersten beiden palästinensischen Studenten erst zwei Jahre später aufgenommen wurden, der erste Besuch des Vorsitzenden der PLO in Ost-Berlin mehr als sieben Jahre nach diesem Gespräch stattfand und die erste offizielle Begegnung zwischen ihm und dem Generalsekretär der KPdSU sogar mehr als 13 Jahre auf sich warten ließ, existiert kein Beleg dafür, dass ein Diplomat des MfAA als Beobachter am Gründungskongress der PLO oder auch nur an dessen Eröffnungszereemonie teilnahm¹⁴⁰. Offensichtlich verweigerte Jordanien – einer der vehementesten antikommunistischen arabischen Staaten – ein Visum¹⁴¹.

¹³⁴ So ebd.

¹³⁵ So ebd., Bl. 11 f.

¹³⁶ So ebd.

¹³⁷ Vgl. ebd., Bl. 12.

¹³⁸ So ebd., Bl. 12 f.

¹³⁹ Vgl. ebd., Bl. 13.

¹⁴⁰ Gemäß DDR-Statistiken wurden die Palästinenser S. al T. sowie I. H. im Wintersemester 1966/67 an den Universitäten Leipzig u. an der Bergakademie Freiberg in den Fächern Humanmedizin bzw. Geophysik immatrikuliert, vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Übersicht der Sondermaßnahmen, o. D. Wie Goren, *Soviet Union and Terrorism*, S. 137, hervorhebt, stellten die Sowjetunion sowie alle anderen sozialistischen Staaten den ersten Kontakt mit Palästinensern über die Aufnahme von Studierenden her.

¹⁴¹ Shemesh, *Founding*, S. 129, macht auf die restriktiven jordanischen Sicherheitsbestimmungen während des Gründungskongresses der PLO in Ost-Jerusalem aufmerksam, die auch die Visavergabe betraf. Kapeliouk, Arafat, S. 65, u. Dann, Hussein, S. 141, führen darüber hinaus an, dass Jordanien gezielt über die ausgestellten Visa Einfluss auf die Zusammensetzung des ersten Nationalkongresses der Palästinenser nahm. Dies könnte auch Beobachterplätze von Personen betroffen haben, die aus den sozialistischen Staaten kamen, also aus den von Jordanien politisch sehr kritisch bewerteten Ländern.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten musste Shuqairi bitten, die Einreisemodalitäten mit den für Ost-Jerusalem spätestens seit dem Annexionsbeschluss des Parlamentes in Amman 1950 zuständigen jordanischen Verantwortlichen zu klären, weil die DDR keine diplomatischen Beziehungen mit dem Haschimitischen Königreich Jordanien unterhielt¹⁴². Der Verlauf des Gespräches mit Shuqairi macht außer dieser Tatsache noch deutlich, dass die palästinensische Seite ursprünglich nicht die Absicht hatte, ostdeutsche Gäste auf dem Gründungskongress der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu begrüßen, sondern der SED-Staat sich sieben Tage vor Beginn dieser Konferenz eine von ihm selbst ausgesprochene Einladung förmlich bestätigen lassen wollte.

Die Gründung der PLO

Die Palästinensische Befreiungsorganisation, auf Arabisch *munāzzamā al-tahrīr al-filāṣṭīnīya* (منظمة التحرير الفلسطينية) wurde von der ersten palästinensischen Nationalversammlung gegründet. Sie tagte – wie von den arabischen Königen und Staatsoberhäuptern gewünscht – Ende Mai 1964 in Ost-Jerusalem¹⁴³. Dieser ersten Nationalversammlung gehörten zwar über 400 Palästinenser unterschiedlicher Gesellschaftsschichten an, aber sie waren nicht gewählt, sondern unter machtpolitischen Gesichtspunkten entsandt; Flüchtlinge machten einen marginalen Anteil aus¹⁴⁴. Der Gründungskongress der PLO verlieh der Nationalversammlung das Recht, Organe der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu konstituieren und aufzulösen¹⁴⁵. Außerdem sollte die Nationalversammlung zukünftig die Aufgabe eines Parlamentes erfüllen, wobei die Mitglieder auch später niemals frei und geheim von Palästinensern gewählt, sondern delegiert wurden, um die notwendigen politischen Mehrheiten zu sichern¹⁴⁶. In der Regel sollte eine Nationalversammlung alle ein bis drei Jahre einberufen werden und die politischen Vorlagen billigen, das Budget bestätigen und nach wenigen Tagen wieder auseinander-treten¹⁴⁷. Jede Nationalversammlung bestellte dabei ein Exekutivkomitee, das

¹⁴² Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 172–176, 276–281; Kupper, Tätigkeit, S. 30–52.

¹⁴³ Vgl. Shemesh, Entity, S. 35, 42; Tessler, Conflict, S. 374; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 20; Lähteenmäki, Palestine Liberation Organization, S. 54–60; Sayigh, Struggle, S. 97; Selim, Nonstate Actor, S. 262; Becker, PLO, S. 39. Zum arabischen Ausdruck vgl. Wehr, Arabisches Wörterbuch, S. 1290.

¹⁴⁴ Dabei spielte auch der Proporz zwischen Delegierten aus dem Westjordanland u. dem Gazastreifen eine machtpolitische Rolle, vgl. Shemesh, Founding, S. 122–124; ders., Entity, S. 35, 42, 160; Sayigh, Struggle, S. 97–99; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 20; Selim, Nonstate Actor, S. 262; Becker, PLO, S. 39; Sybesma-Knol, Observers, S. 271 f.

¹⁴⁵ Vgl. Selim, Nonstate Actor, S. 271.

¹⁴⁶ Vgl. Harkabi, Covenant, S. 92; Sayigh, Struggle, S. 98–100; Selim, Nonstate Actor, S. 271 f.; Shemesh, Entity, S. 42; ders., Founding, S. 124 f.

¹⁴⁷ Vgl. Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 50; Sayigh, Struggle, S. 60, 98; Sybesma-Knol, Observers, S. 272 f. Die unterschiedlichen Zeitintervalle ergaben sich entsprechend der Entwicklung der politischen Lage. Zu den einzelnen Sitzungen bis 1988 vgl. Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 55–67.

seinen Vorsitzenden wählte, der die politischen Entscheidungen traf und die Posten innerhalb der Befreiungsorganisation verteilte¹⁴⁸.

Das Exekutivkomitee war die „Regierung“ der Palästinensischen Befreiungsorganisation und umfasste zehn bis 15 Ressorts. Es arbeitete, anders als die Nationalversammlung, permanent¹⁴⁹. Dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees unterstand zugleich die Palästinensische Befreiungsarmee (PLA)¹⁵⁰. Die PLA gliederte sich in drei bis vier Brigaden mit jeweils rund 5000 Mann und fungierte als offizielle Armee der PLO; vorgesehen war zudem, dass jährlich mehrere Tausend Palästinenser eine militärische Ausbildung in dieser „Armee“ erhielten¹⁵¹. Die Einheiten der PLA waren auch mit schweren Waffen, wie Artillerie und Panzern, ausgestattet¹⁵². Stationiert wurde die eng in die Strukturen der jeweiligen nationalen Streitkräfte eingebundene „Befreiungsarmee“ der Palästinenser jedoch in Jordanien, Ägypten, Irak und Syrien. Daher kommandierten die Brigaden der PLA auch die Verteidigungsministerien in Amman, Kairo, Bagdad und Damaskus; das palästinensische Exekutivkomitee besaß keine echte Befehlsgewalt über sie¹⁵³.

Das Grundsatzdokument, das die Organe der PLO sowie ihre Ziele und Aufgaben beschrieb, war die im Mai 1964 verabschiedete Charta¹⁵⁴. Sie definierte die

¹⁴⁸ Vgl. Selim, *Nonstate Actor*, S. 272f.; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 51f.; Lähteenmäki, *Palestine Liberation Organization*, S. 60f.; Sybesma-Knol, *Observers*, S. 273. Vgl. auch die Angaben der Ständigen Beobachtermission des Staates Palästina bei den VN unter www.palestineun.org/about-palestine/palestine-liberation-organization (25. 08. 2013).

¹⁴⁹ Vgl. ebd.; Selim, *Nonstate Actor*, S. 272f., 284f.; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 51f.; Lähteenmäki, *Palestine Liberation Organization*, S. 60f.; Sybesma-Knol, *Observers*, S. 273. Die siebte palästinensische Nationalversammlung etablierte mit dem Zentralkomitee (ZK) im Mai 1970 ein zusätzliches Organ der PLO, das zwischen der palästinensischen Nationalversammlung u. dem Exekutivkomitee stand. Das ZK umfasste rd. 60 Mitglieder u. sollte das Exekutivkomitee beraten. Machtpolitisch hatte es die Aufgabe, einen hinreichenden Einfluss auf die Entscheidungen des Vorsitzenden u. des Exekutivkomitees auszuüben, um das Kontrollvakuum, das durch den nicht ständig tagenden legislativen Teil der Befreiungsorganisation gegenüber der „Regierung“ entstand, so klein wie möglich zu halten. Da das ZK keine sanktionierenden Mittel besaß und nur mit Zustimmung des Vorsitzenden des Exekutivkomitees gebildet werden konnte, war diese regulierende Funktion nur begrenzt möglich. In formaler Hinsicht konstituierte sich das ZK sowohl aus Delegierten der Gruppen, die in der palästinensischen Nationalversammlung repräsentiert waren als auch aus Personen aller sonstigen, dort nicht vertretenen palästinensischen Formationen, vgl. Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 61; Selim, *Nonstate Actor*, S. 272. Vgl. auch die Angaben der Ständigen Beobachtermission des Staates Palästina bei den VN, die die Gründung des ZK auf das Jahr 1973 datiert, www.palestineun.org/about-palestine/palestine-liberation-organization (25. 08. 2013).

¹⁵⁰ Vgl. Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 51f., 68; Sayigh, *Struggle*, S. 98; Bar-Haim, *Palestine Liberation Army*, S. 173f., 182; Frisch, *Palestinian Military*, S. 52–68.

¹⁵¹ Vgl. ebd., S. 52–56, 65; Sayigh, *Struggle*, S. 112f.; Selim, *Nonstate Actor*, S. 269; Lähteenmäki, *Palestine Liberation Organization*, S. 60f.; Bar-Haim, *Palestine Liberation Army*, S. 175–179.

¹⁵² Vgl. ebd., S. 181f.; Selim, *Nonstate Actor*, S. 269f.

¹⁵³ Vgl. ebd.; Tessler, *Conflict*, S. 375; Frisch, *Palestinian Military*, S. 58–68; Bar-Haim, *Palestine Liberation Army*, S. 175–183; Sayigh, *Struggle*, S. 112–119; Shemesh, *Entity*, S. 244f.

¹⁵⁴ Zur Charta vgl. *Palestine National Covenant*, 1964, in: Medzini, *Israel's Foreign Relations 1948–1972*, S. 139–144.

gewaltsame Auseinandersetzung mit Israel als nationalen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes um seine Selbstbestimmung, ohne aber hervorzuheben, dass am Ende ein palästinensischer Staat entstehen sollte¹⁵⁵. Außerdem proklamierte die Charta nicht, dass nur die PLO für die Palästinenser Entscheidungen treffen konnte. Die Palästinensische Befreiungsorganisation verzichtete ausdrücklich darauf, die politische Entwicklung in Gebieten zu beeinflussen, die andere arabische Staaten kontrollierten¹⁵⁶. Dies widersprach allerdings dem in der Charta entwickelten Konzept der totalen Repräsentation, der zufolge jeder Palästinenser von Geburt an Mitglied der PLO war und jede palästinensische Gruppe angehalten wurde, sich der Palästinensischen Befreiungsorganisation anzuschließen¹⁵⁷.

Der Konflikt zwischen der PLO und den bestehenden arabischen Regierungen um die Zuständigkeit für den palästinensischen „Befreiungskampf“ kam nicht allein hier zum Ausdruck. Er beherrschte vielmehr den gesamten Prozess der Gründung der PLO, denn sie war „keine Erfindung der Palästinenser, sondern von Nasser“, wie Abdallah Frangi in seiner Autobiografie schreibt¹⁵⁸. Das massive ägyptische Einwirken auf die Palästinensische Befreiungsorganisation war dafür verantwortlich, dass sie in den Anfangsjahren innerarabisch und innerpalästinensisch ohne wirkliche Macht blieb¹⁵⁹. Das war die Absicht des ägyptischen Präsidenten. Nassir ging es nicht darum, eine Konkurrentin aufzubauen, sondern die PLO sollte in seine gesamtarabische Politik integriert werden und Forderungen der Palästinenser kanalisieren¹⁶⁰. Ägypten versuchte sich damit einen besseren Stand in der innerarabischen Auseinandersetzung – nicht zuletzt nach dem Ende der syrisch-ägyptischen Allianz 1961 – zu verschaffen und durch das fortgesetzte politische Engagement zugunsten der Palästinenser islamistischen Vereinigungen, wie den Muslimbrüdern oder der Partei der Befreiung und neuen Gruppen, etwa der Fatah, entgegenzutreten¹⁶¹. 1963 existierten immerhin bereits rund 40 verschiede-

¹⁵⁵ Zu den Aussagen über die Selbstbestimmung des Volkes von Palästina u. zur Nichtfestlegung auf einen eigenen Staat vgl. Palestine National Covenant, 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 139–144. Sayigh, *Struggle*, S. 98, u. Harkabi, *Covenant*, S. 27f., erklären berechtigt, dass in der ersten PLO-Charta „national“ nicht mit dem gebräuchlichen arabischen Wort ausgedrückt wurde, sondern auf den Wortstamm von Heimat zurückging. Damit wollte man bewusst hervorheben, dass die nationalen Ambitionen der Palästinenser Teil der arabischen Gesamtinteressen waren.

¹⁵⁶ Vgl. Art. 24 der PLO-Charta von 1964, in: Medzini, *Israel's Foreign Relations 1948–1972*, S. 144; Ben-Dor, *Sovereignty*, S. 149–152; Shemesh, *Founding*, S. 122–125; Harkabi, *Covenant*, S. 27f.

¹⁵⁷ Vgl. Art. 5 u. 11 der PLO-Charta von 1964, in: Medzini, *Israel's Foreign Relations 1948–1972*, S. 140f. Vgl. auch Shemesh, *Founding*, S. 123; ders., *Entity*, S. 41.

¹⁵⁸ Vgl. Frangi, *Gesandte*, S. 148.

¹⁵⁹ Vgl. Ma'oz/Sela, *PLO*, S. 99f.; Tessler, *Conflict*, S. 373–375; Shemesh, *Entity*, S. 41, 81; ders., *Founding*, S. 122f.; Frangi, *PLO und Palästina*, S. 136–138; Lähteenmäki, *Palestine Liberation Organization*, S. 75; Gowers/Walker, *Myth*, S. 39; Cobban, *Palestinian Liberation Organisation*, S. 195–197; Sayigh, *Struggle*, S. 98–100; Quandt, *Nationalism*, S. 67f.

¹⁶⁰ Vgl. Frangi, *PLO und Palästina*, S. 138; Ma'oz/Sela, *PLO*, S. 99f.; Pearlman, *Palestinian National Movement*, S. 129; Quandt, *Nationalism*, S. 67f.; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 19–21; Shemesh, *Entity*, S. 37; Kerr, *Arab Cold War*, S. 133f.

¹⁶¹ Vgl. Sayigh, *Struggle*, S. 31f., 78–80, 94; Selim, *Nonstate Actor*, S. 261f.; Shemesh, *Entity*, S. 35–37; ders., *Founding*, S. 106–119; Nassar, *Palestine Liberation Organization*, S. 19f.; Smith, *Conflict*, S. 270; Pearlman, *Palestinian National Movement*, S. 129; Frangi,

ne palästinensische Organisationen, die zwischen zwei und 400 Mitgliedern stark gewesen sein sollen und die eine Mitsprache und Anerkennung einforderten¹⁶².

Die PLO war insofern von allen arabischen Staaten gewollt, als sie eine politische Vertretung schuf, die im Gegensatz zu einer von Palästinensern eigenständig konstituierten Befreiungsorganisation beeinflusst und kontrolliert werden konnte¹⁶³. Eine selbstständige PLO war auch nicht im Interesse Jordaniens, das zum damaligen Zeitpunkt die meisten palästinensischen Araber auf seinem Territorium aufnehmen musste und zudem um eine Verbesserung seines Verhältnisses zu Ägypten bemüht war – auch deshalb stimmte Amman der Idee einer palästinensischen Befreiungsorganisation zu, und der Beschluss auf der ersten Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter fiel einmütig. De facto wurde die PLO 1964 per Order arabischer Staaten geschaffen und es entstand aus politischen Erwägungen eine Befreiungsorganisation für ein Volk, das zum damaligen Zeitpunkt von keiner arabischen Regierung anerkannt wurde und dessen Dasein in der internationalen Gemeinschaft insgesamt strittig war¹⁶⁴.

Hatte bereits das Prozedere der Einberufung der ersten palästinensischen Nationalversammlung von 1964 die Autorität des von ihr gewählten Exekutivkomitees und dessen ersten Vorsitzenden, Ahmad Shuqairi, beschädigt, weil er als ein von Ägyptens Gnaden ernannter und nicht von der Mehrheit der Palästinenser gewollter „Präsident“ erschien, so wurden die Konflikte zwischen den arabischen Regierungen und der PLO-Führung unmittelbar im Anschluss an den Kongress deutlich¹⁶⁵. Im September 1964 reichte Shuqairi auf der zweiten Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter – an der er erstmals offiziell teilgenommen und deren Gipfelkommuniqué die Palästinensische Befreiungsorganisation ausdrücklich gewürdigt hatte – seinen Rücktritt als Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO ein, da kein Konsens gefunden werden konnte, ob Jordanien und der Libanon verpflichtet waren, palästinensische Einheiten militärisch auszubilden. Die beabsichtigte Amtsniederlegung Shuqairis wurde ebenso wie eine zweite Ende 1965 von den arabischen Staats- und Regierungschefs nicht angenommen¹⁶⁶.

Gesandte, S. 149; Hinnebusch, Syria, S. 42f.; Ma'oz/Sela, PLO, S. 99f.; Kerr, Arab Cold War, S. 134.

¹⁶² Vgl. Shemesh, Entity, S. 35; ders., Founding, S. 120.

¹⁶³ Vgl. Sayigh, Struggle, S. 96–100; Smith, Conflict, S. 270; Pearlman, Palestinian National Movement, S. 129; Quandt, Nationalism, S. 53; Shemesh, Founding, S. 126–135; ders., Entity, S. 37–41.

¹⁶⁴ Vgl. Shemesh, Founding, S. 121–129, 136; ders., Entity, S. 35–40; Sayigh, Struggle, S. 95–99; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 19, 30, 53f.; Quandt, Nationalism, S. 67f., 76–78, 88–93; Chamberlin, Offensive, S. 15; Becker, PLO, S. 35, 39; Tessler, Conflict, S. 373–375, 423; Ben-Dor, Sovereignty, S. 149–152; Selim, Nonstate Actor, S. 263; Harkabi, Covenant, S. 33–36.

¹⁶⁵ Vgl. Tessler, Conflict, S. 423; Shemesh, Entity, S. 40; ders., Founding, S. 122; Quandt, Nationalism, S. 68; Dann, Hussein, S. 146–151.

¹⁶⁶ Vgl. Shukairy Resigns In Rift Over Palestine, in: NYT, 22.09.1965, S. A2:2; UN S/1964/6003, Letter from the Permanent Representatives of Algeria, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Morocco, Saudi-Arabia, Sudan, Syria, Tunisia, the United Arab Emirates and Yemen to the UN Addressed to the Secretary-General, 08.10.1964.

Die Anfänge der ostdeutschen PLO-Politik

Im Einklang mit der Ende April 1964 vonseiten des MfAA dargelegten Auffassung, dass es „nicht zweckmäßig“ sei, das Palästina-Problem zu thematisieren, berichteten die Medien der DDR nicht über die neue nationale Befreiungsorganisation der Palästinenser und Ost-Berlin gab auch sonst keine Stellungnahme dazu ab¹⁶⁷. Auch Moskau verhielt sich sehr zurückhaltend gegenüber der PLO und konnte keinen Nutzen darin erkennen, sie öffentlich zu erwähnen¹⁶⁸. Schon in der Weisung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an die Vertretung in Kairo für den Gründungskongress der Palästinensischen Befreiungsorganisation hatte es geheißen, jede politische Aussage in der Palästinafrage habe zu unterbleiben. Erst wenn sich eine Stellungnahme nicht vermeiden lasse, sei zu erklären, dass die DDR für die friedliche Lösung von „Grenzstreitigkeiten“ eintrete und das palästinensische Problem im Übrigen als einen im Rahmen der Beschlüsse der Vereinten Nationen zu lösenden Konflikt betrachte¹⁶⁹.

Diese Formulierung war identisch mit dem Wortlaut von Walter Ulbrichts Grußtelegramm an die zweite Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter Anfang September 1964. Obwohl die PLO zu diesem Zeitpunkt bereits seit Monaten existierte und auch Teilnehmerin dieses zweiten arabischen Gipfels war, ignorierte Ulbricht sie¹⁷⁰. Er betonte stattdessen, die DDR halte eine Regelung des Nahostkonfliktes ausschließlich für legitim, wenn sie im Einklang mit den VN-Resolutionen stehe. Ulbricht verlangte also die Gründung eines jüdischen und eines arabischen Staates im ehemaligen britischen Mandatsgebiet und billigte den palästinensischen Arabern noch immer nicht den Status eines eigenständigen politischen Akteurs zu; sie wurden wie in allen bis dahin verabschiedeten Dokumenten der Vereinten Nationen als Flüchtlinge betrachtet¹⁷¹. Die Regierung der DDR hielt es außerdem, so Walter Ulbricht, für dringend erforderlich, die verfassunggebende Versammlung über den Weg des „Provisional Council of Government“ zu konstituieren, denn nur er durfte die politische Ordnung des

¹⁶⁷ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der 3. AEA an Abt. Presse, 21. 04. 1964, Bl. 3; Timm, Davidstern, S. 269f.; Polkehn, DDR, S. 33; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 307.

¹⁶⁸ Vgl. Golan, Uneasy Alliance, S. 5-9; dies., Soviet Union and the PLO, S. 1; Dannreuther, Soviet Union, S. 27-33. Vgl. auch Timm, Davidstern, S. 269.

¹⁶⁹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des MfAA an die Vertretung Kairo, 06. 05. 1964, Bl. 9f.

¹⁷⁰ Vgl. UN S/1964/6003, Letter from the Permanent Representatives of Algeria, Iraq, Jordan, Kuwait, Lebanon, Libya, Morocco, Saudi-Arabia, Sudan, Syria, Tunisia, the United Arab Emirates and Yemen to the UN Addressed to the Secretary-General, 08. 10. 1964; Shukairy Resigns In Rift Over Palestine, in: NYT, 22. 09. 1965, S. A2:2.

¹⁷¹ Vgl. UN A/RES/III/194, Resolution, 11. 12. 1948; UN A/RES/III/212, Resolution, 19. 11. 1948; UN A/RES/IV/302, Resolution, 08. 12. 1949; UN A/5624, SPC-Report, 27. 11. 1963; UN A/RES/XVIII/1912, Resolution, 03. 12. 1963. Ein Status von Palästinensern über den von Flüchtlingen hinaus sowie die Forderung nach einem eigenen palästinensischen Staat wurden in VN-Dokumenten erst 1969/70 erwähnt, vgl. UN A/RES/XXIV/2535, UNRWA-Report, 10. 12. 1969; UN A/RES/XXV/2649, Resolution, 30. 11. 1970; UN A/RES/XXV/2672, Resolution, 08. 12. 1970; UN A/RES/XXVI/2787, Resolution, 06. 12. 1971.

zweiten Teilstaates laut VN festlegen; dieser neu gegründete arabische Staat hatte den jüdischen Teilstaat und den Sonderstatus Jerusalems zu akzeptieren.

Dies alles widersprach der arabischen Position, den vereinbarten Gipfelbeschlüssen der zweiten Konferenz der arabischen Könige und Staatsoberhäupter und den selbstformulierten Zielen der PLO. Folglich konnte die Meinung Ulbrichts unter den Adressaten des „Grußtelegramms“ weder auf Zustimmung stoßen noch die offensichtlich erhoffte politische Unterstützung zugunsten der DDR mobilisieren. Zumal sich Ost-Berlin – im Sinne des Wortlautes von Ulbricht – gegen einen *palästinensisch*-arabisch geprägten Teilstaat an der Seite Israels oder gar eine „Palestinian entity“ in ganz Palästina aussprach. Der PLO kam keinerlei politische Bedeutung zu.

Aber auch wenn sich Walter Ulbricht im September 1964 nicht offiziell zur Palästinensischen Befreiungsorganisation äußerte, die DDR außerdem nicht am Kongress in Jerusalem teilnahm und die SED ab dem Frühjahr 1964 keinen Kontakt mit Shuqairi suchte, beobachteten die Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Ägypten die Entwicklung der PLO. Sie kamen ein Jahr nach deren Gründung zu eindeutigen Urteilen. Im Februar 1965 hielt ein Bericht aus Kairo fest, die PLO habe in „den ersten Monaten ihres Bestehens kaum Aktivität gezeigt“¹⁷². Die politischen Ergebnisse Ahmad Shuqairis seien „verhältnismäßig mager“; „wieder einmal“ werde deutlich, dass „die Mehrheit der arabischen Länder nur zögerlich an die gemeinsamen Beschlüsse herangeh[e]“; deren Umsetzung erfolge „schleppend“ und „die meisten arabischen Staaten, mit Ausnahme der Vereinigten Arabischen Republik, Algerien und des Irak, [verhielten] sich verhältnismäßig passiv“ gegenüber der PLO¹⁷³. „Ein weiterer Faktor, der die Entwicklung der PLO hemmt“, seien, so hieß es weiter, „die unterschiedlichen ideologischen und politischen Strömungen innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung. Dabei darf die Rolle des ehemaligen Muftis von Jerusalem [Amin al Hussaini], der zwar immer mehr an Bedeutung verloren hat, nicht unterschätzt werden.“¹⁷⁴

Die ostdeutsche Vertretung in Ägypten gab damit die politische Situation der Palästinensischen Befreiungsorganisation zutreffend wieder. Die Ausrichtung und Formierung der PLO war Anfang 1965 weitgehend ungeklärt und Shuqairis Macht hing völlig von den arabischen Staaten ab. Nicht die Unterstützung der palästinensischen Öffentlichkeit legitimierte die PLO, sondern der Wille Ägyptens¹⁷⁵. Und so rieten die Mitarbeiter des MfAA in Kairo im Februar 1965 von einer offensiven Stellungnahme der DDR ab. Auf der anderen Seite hieß es zugleich, die Palästinensische Befreiungsorganisation werde in absehbarer Zeit „an Bedeutung gewinnen“, und der SED-Staat müsse zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen in Erwägung ziehen. Aus diesem Grund votierte die Ost-Berliner Vertretung in Kairo dafür, zumindest über das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee

¹⁷² So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 11. 02. 1965, Bl. 24.

¹⁷³ So ebd., Bl. 26.

¹⁷⁴ So ebd.

¹⁷⁵ Vgl. Shemesh, Entity, S. 40–44; ders., Founding, S. 121–129; Quandt, Nationalism, S. 68, 76–78, 88–93; Sayigh, Struggle, S. 96–98; Selim, Nonstate Actor, S. 263 f.

(AASK) intensiver mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation zusammenzuarbeiten¹⁷⁶. Auch wenn das AASK bereits 1961 eine erste Delegation in den von Ägypten verwalteten Gazastreifen entsandt hatte, waren anschließend keine signifikanten Hilfslieferungen zugunsten der Palästinenser auf den Weg gebracht worden¹⁷⁷.

Das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee der DDR war die Instanz, die, finanziert durch eingeworbene Spenden der Bevölkerung, unter Kontrolle der SED mehrheitlich die gesamten Solidaritätsmaßnahmen mit dem Ausland koordinierte. So verteilte es die kostenlos bereitgestellten materiellen Hilfen für Befreiungsbewegungen und Entwicklungsländer und nahm die Vergabe der Studienplätze an diese Partner vor¹⁷⁸. Auch im Fall der PLO sollte mit der Beauftragung des AASK suggeriert werden, dass nicht die DDR offiziell mit Ahmad Shuqairi kooperierte, sondern Teile der ostdeutschen Gesellschaft aus privatem Interesse die PLO unterstützten – obwohl das „Neue Deutschland“ bis Mitte der 1960er Jahre noch keine Informationen über sie publiziert hatte. Der Kreml überließ die frühen Beziehungen mit den Palästinensern ebenfalls dem sowjetischen AASK, um partei- oder regierungsoffizielle Kontakte auszuschließen¹⁷⁹.

Das MfAA reagierte auch im Februar 1965 nicht unmittelbar auf den Bericht über die PLO aus Kairo. Ob Walter Ulbricht ihn gelesen hat, ist nicht bekannt. Zumindest ignorierte die wenige Wochen später, Anfang März 1965, von ihm abgegebene zweite offizielle Stellungnahme der DDR zur Palästinafrage die Palästinensische Befreiungsorganisation erneut. Ulbrichts Aussagen in Bezug auf die Palästinenser waren hingegen umso weitreichender – und dies vor dem Hintergrund einer deutsch-deutschen Zäsur. Mit dem Besuch des Ost-Berliner Staatsratsvorsitzenden in der ägyptischen Hauptstadt geriet die außen- und deutschlandpolitische Konzeption Bonns in Gefahr zu scheitern: Die bekannt gewordenen Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel hatten die Reaktion Nassirs in Form der Einladung Ulbrichts herausgefordert¹⁸⁰. Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung drohte durch die internationale Anerkennung des SED-Regimes unterminiert zu werden. Bonn kündigte allen Staaten, für den Fall, dass diese mit der Bundesrepublik offizielle Beziehungen unterhielten und solche

¹⁷⁶ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 11.02.1965, Bl. 26.

¹⁷⁷ Zum Aufenthalt des AASK in Gaza vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Bericht, o. D., ca. Juli 1965, Bl. 29.

¹⁷⁸ Zur Rolle u. Funktion des AASK vgl. Reichardt, *Solidarität*, S. 29–36, 92–123.

¹⁷⁹ Vgl. Dannreuther, *Soviet Union*, S. 27, 30; Timm, *Davidstern*, S. 274; Golan, *Uneasy Alliance*, S. 11; dies., *Soviet Union and the PLO*, S. 1f.

¹⁸⁰ Vgl. Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 276–282; ders., *Außenpolitik*, S. 394–396; Jelinek, *Deutschland und Israel*, S. 404–413, 457, 464; Kilian, *Hallstein-Doktrin*, S. 13–30, 119–133, 147–150; Das Gupta, *Ulbricht am Nil*, S. 111–129; Seelbach, *Beziehungen*, S. 88–113, 122–135; Perthes, *Beziehungen*, S. 100f.; Ilichmann, *DDR*, S. 204f.; Timm, *Davidstern*, S. 171, 184–188; Troche, *Ulbricht*, S. 39–44; Kielmansegg, *Land*, S. 200; Kupper, *Tätigkeit*, S. 15–19, 21–29, 54–57; Weingardt, *Nahostpolitik*, S. 115–125, 147–154; Blasius, *Völkerfreundschaft*, S. 747, 753–775; Hansen, *Katastrophe*, S. 692–748; Buettner, *Even-Handedness*, S. 127–134. Vgl. auch *Deutsche Kernphysiker in Israel*, in: FR, 26.10.1964, S. 1; *Defence Aid to Israel From Germany*, in: *The Times*, 30.10.1964, S. 8.

gleichzeitig mit der DDR aufnehmen wollten, Sanktionen bis hin zum Abbruch der diplomatischen Kontakte an. In welcher nötigen, politisch ansehensschädigende und handlungshindernde Automatismen dies führen konnte, erlebte die Regierung Ludwig Erhards nun – wie die Forschung bereits ausführlich dargestellt hat – im Frühjahr 1965¹⁸¹.

Walter Ulbricht wollte diese Situation so gut es ging ausnutzen, und so stellte er, um im Kampf gegen die „Hallstein-Doktrin“ einen großen Sieg zu erringen, Israel und die Palästinenser als die beiden zentralen Elemente in den Mittelpunkt seiner Politik¹⁸². In dem Anfang März 1965 veröffentlichten Kommuniqué des Besuchs „bekundete“ er im Namen der DDR, dass das SED-Regime den gemäß Resolution 181 gegründeten jüdischen Staat als eine „gegen die Rechte des arabischen Volkes und dessen Kampf für die Befreiung und Fortschritt gerichtete Speerspitze“ betrachte, die „der Imperialismus geschaffen“ habe¹⁸³. Zugleich machte Ulbricht deutlich, dass die Ost-Berliner Regierung die Palästinenser für ein Volk hielt: „Die DDR [...] anerkennt alle Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines unveräußerlichen Rechtes auf Selbstbestimmung.“¹⁸⁴ Walter Ulbricht revidierte mit diesem Satz wesentliche, seit 1958 vonseiten des MfAA aufgestellte und bis dahin unverändert beibehaltene Grundsätze der ostdeutschen Palästinapolitik. Er hatte zudem nicht nur die Souveränität Israels und die Selbstbestimmung des jüdischen Volkes unerwähnt gelassen, sondern auch einen inner-arabischen Konsens infrage gestellt, als er von einem „Volk“ der Palästinenser sprach, das Träger des Selbstbestimmungsrechtes sein sollte.

Offenkundig glaubte Ulbricht, dass gerade Ägypten, das sich als Anwalt der Palästinenser verstand und Gründer wie Protegé der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Ahmad Shuqairi war, eine solche Verpflichtungserklärung zugunsten des palästinensischen Volkes honorieren werde¹⁸⁵. Dabei verkannte er,

¹⁸¹ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 279–282; ders., Außenpolitik, S. 394–396; Weingardt, Nahostpolitik, S. 106–114, 147–154; Kilian, Hallstein-Doktrin, S. 13–30, 119–150; Das Gupta, Ulbricht am Nil, S. 111–129; Troche, Ulbricht, S. 11–22, 40–44; Seelbach, Beziehungen, S. 88–98, 106–135; Görtemaker, Bundesrepublik Deutschland, S. 409–413; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 283–287; Buettner, Even-Handedness, S. 127–135; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 368–371, 404–413, 457–461; Haftendorn, Außenpolitik, S. 138–155; Kupper, Tätigkeit, S. 15–29, 54–57; End, Außenpolitik, S. 35–44; Blasius, Völkerfreundschaft, S. 758–775; Perthes, Beziehungen, S. 100f.

¹⁸² Vgl. Troche, Ulbricht, S. 38–42; Jelinek, Deutschland und Israel, S. 368–371, 457–461; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 286f.; Illichmann, DDR, S. 198–209; Timm, Davidstern, S. 184–191; Robbe, DDR, S. 567–569.

¹⁸³ Vgl. Gemeinsame Erklärung, in: Staatsverlag der DDR, Dokumente, Bd. XIII, S. 855; Timm, Davidstern, S. 186.

¹⁸⁴ So die Gemeinsame Erklärung, in: Staatsverlag der DDR, Dokumente, Bd. XIII, S. 855. Vgl. ebs. Timm, Davidstern, S. 186f. Hans-Dietrich Genschers Aussage, „Deutschland“ sei 1974 das erste europäische Land gewesen, das öffentlich für ein Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingetreten sei, indem die Bundesrepublik diesen Ausdruck in einer Rede vor den VN gebrauchte, ist insofern unzutreffend, als es Ulbricht – für den zweiten deutschen Staat – bereits 1965 tat, vgl. Genschers, Erinnerungen, S. 219.

¹⁸⁵ Vgl. Timm, Davidstern, S. 186f.; dies., Middle East Policy, S. 254; Troche, Ulbricht, S. 42–55. Ehemalige DDR-Diplomaten behaupten, Ulbricht sei die antiisraelische Aussage ägyptischerseits „aufgezwungen“ worden und dies sei keine „DDR-Formel“ gewe-

dass die Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht des arabischen Volkes von Palästina“ nicht die uneingeschränkte Zustimmung unter den arabischen Regierungen hervorrief, sondern provokativ wirkte. Die Frage, wie viel politische Macht *die* palästinensischen Araber in Gestalt *der* PLO besaßen und ob sie einen eigenen, palästinensischen Staat erstreben durften – denn die Selbstbestimmung eines Volkes impliziert zwingend einen territorialen Anspruch –, betraf innenpolitische Belange Jordaniens, Syriens, des Libanon und Ägyptens ganz unmittelbar¹⁸⁶. Vor diesen Risiken einer antiisraelischen propalästinensischen Politik warnte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 1958, als es um eine eventuelle Anerkennung des „All Palestine Government“ ging. Im März 1965 waren nach Aussagen ehemaliger Diplomaten der DDR weder die scharfe antiisraelische Rhetorik noch das „Bekunden“ für die palästinensische Selbstbestimmung, wie sie das ostdeutsch-ägyptische Kommuniqué zum Ausdruck brachte, im Vorfeld mit dem MfAA abgestimmt worden; das Ministerium hätte beides zudem nicht befürwortet¹⁸⁷.

Nichtsdestotrotz war im Frühjahr 1965 den von Walter Ulbricht vorgegebenen neuen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR hatte die seit 1958 nie vonseiten des MfAA definierten „legitimen Rechte“ der „palästinensischen Araber“ maximal ausgelegt und einem palästinensischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht und damit ein Recht auf einen eigenen Staat zugesprochen. Man konnte nicht mehr hinter diese offizielle Deklaration zurück, auch wenn das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten sowie die ZK-Abteilung Internationale Verbindungen es vor der Ägyptenreise Ulbrichts nicht für erforderlich gehalten hatten, das Selbstbestimmungsrecht eines palästinensischen Volkes anzuerkennen.

Aber mehr noch: Ulbrichts Formel musste Ahmad Shuqairi direkt ansprechen, denn die PLO kämpfte für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes¹⁸⁸. Ost-Berlin war daher im Nachgang der Erklärung von Kairo mit der Frage konfrontiert, welche Konsequenzen das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes für die PLO-Politik der DDR besaß. Shuqairi ging offensichtlich davon aus, dass Ulbricht eine engere Beziehung mit seiner Organisation eingehen wollte. Das lässt sich zumindest den Berichten der MfAA-Vertretungen in Ägypten und Algerien über ihre Kontakte mit PLO-Funktionären im Mai 1965 entnehmen¹⁸⁹. In Reaktion auf diese Gespräche legte noch der kurz darauf als

sen. Das MfAA bezeichnete Israel allerdings in internen Dokumenten bereits 1962 als ein „Werkzeug, mit dessen Hilfe die imperialistischen Mächte versuchen, die Spannungen im Nahen und Mittleren Osten aufrechtzuerhalten“, so PA-AA, Bestand MfAA, A 12.608, Konzeption, 25. 01. 1962, Bl. 24. Vgl. auch PA-AA, Bestand MfAA, ZR 5881/90, Bericht, 03. 02. 1966; Robbe, DDR, S. 567–569; Winter, Bemerkungen, S. 156f.

¹⁸⁶ Vgl. Shemesh, Entity, S. 37; ders., Founding, S. 121–135; Ma'oz/Sela, PLO, S. 99–101. Zum Selbstbestimmungsrecht vgl. Ipsen, Völkerrecht, S. 316–377; Klein, Selbstbestimmungsrecht, S. 43.

¹⁸⁷ Vgl. Robbe, DDR, S. 565–567; Timm, Davidstern, S. 186–188.

¹⁸⁸ Vgl. The Palestine National Covenant, 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 139–144.

¹⁸⁹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der 3. AEA an das MfAA, 10. 05. 1965, Bl. 31.

Minister für Auswärtige Angelegenheiten ausscheidende Lothar Bolz fest, dass es fortan diesen Auslandsvertretungen gestattet sein sollte, Persönlichkeiten der Palästinensischen Befreiungsorganisation zu treffen¹⁹⁰. Offen blieb zunächst allerdings nach wie vor, auf welche Weise die materielle Unterstützung der PLO erfolgen sollte: Entweder man belieferte sie direkt oder nahm den Umweg über die Liga der arabischen Staaten. Die DDR entschied sich in dieser frühen Phase für Letzteres¹⁹¹. Das MfAA hatte alle „materiellen Wünsche“ Shuqairis an den Sekretär für Sicherheit des ZK der SED zu übermitteln, der zum damaligen Zeitpunkt Erich Honecker hieß¹⁹².

Nach Ulbrichts Erklärung vom März 1965 war die DDR jedoch nicht bereit, die praktische Politik so zu betreiben, wie es die verbalen Verpflichtungen des Staatsratsvorsitzenden suggerierten. Obwohl Walter Ulbricht in Kairo eine weitreichende Aussage getroffen hatte und sich die Intensität der ostdeutschen PLO- und Palästinalpolitik danach qualitativ veränderte, ist für die ersten Jahre nach 1965 zu konstatieren, dass die DDR mit ihrer Politik nicht verbindlich für das von der ostdeutschen Regierung formal anerkannte Recht auf Selbstbestimmung einstand, die PLO nicht entschieden unterstützte und zudem versuchte, in der Palästinafrage zurück in die politischen Bahnen der sozialistischen Gemeinschaft zu gelangen, die Ulbricht verlassen hatte. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vertrat ab 1965 keine offensive, unter Umständen sogar von den sozialistischen Staaten abweichende und demonstrativ propalästinensische Position. Vielmehr bemühte es sich, die politischen Verpflichtungen, die sich aus dem Kommuniqué Ulbrichts ergeben konnten, zu begrenzen. Nach der Stellungnahme Ulbrichts Anfang März 1965 tat sich das MfAA schwer, eine international akzeptable und somit den Interessen des SED-Regimes um Glaubwürdigkeit und Renommee dienliche PLO- und Palästinalpolitik zu entwerfen. Polkehn und Mouna umschreiben diese Haltung mit „zögerlich“ oder „höflich-reserviert“¹⁹³.

Ab dem Frühjahr 1965 wurden die Palästinenser weder substanzieller unterstützt noch intensiviert die DDR die inoffiziellen Kontakte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation – offizielle Beziehungen waren ohnehin nicht vorgesehen. Ulbricht erlaubte auch keine PLO-Vertretung in Ost-Berlin, genauso wenig wie er Shuqairi oder einen anderen palästinensischen Funktionär empfing¹⁹⁴. Auch die ersten Solidaritätslieferungen der DDR Mitte der 1960er Jahre zugunsten der Palästinenser beschränkten sich vorerst auf insgesamt drei gebrauchte Autos und mehrere Hundert Decken und Schuhe¹⁹⁵. Laut amtlichen

¹⁹⁰ Vgl. ebd. Eine gegenteilige Darstellung bei Timm, Davidstern, S. 270. Nachfolger von Lothar Bolz wurde im Juni 1965 Otto Winzer, vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 44.

¹⁹¹ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.685, Bericht des MfAA für das AASK, o. D., ca. Oktober 1968, Bl. 300; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben der 3. AEA an das MfAA, 10. 05. 1965, Bl. 31.

¹⁹² Vgl. ebd. Vgl. ebs. Meinung, Kommunistische Judenpolitik, S. 319.

¹⁹³ Vgl. Polkehn, DDR, S. 33; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102.

¹⁹⁴ Vgl. ebd.; Meinung, Kommunistische Judenpolitik, S. 307; Polkehn, DDR, S. 33.

¹⁹⁵ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Bericht, o. D., ca. Juli 1965, Bl. 28; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des DRK an das MfAA, 10. 02. 1966, Bl. 92 f.

Statistiken nahm der SED-Staat 1966 zum ersten Mal zwei Palästinenser als Studenten auf¹⁹⁶.

Die Akten des MfAA zeigen, dass sich Ost-Berlin im Nachgang der Ulbricht-Formel frühzeitig der Linie des Kreml in Bezug auf die Palästinenser vergewisserte und keine Schritte unternehmen wollte, die den Eindruck entstehen lassen konnten, die DDR entscheide anders als die sozialistischen Staaten oder die Sowjetunion. So erkundigte sich beispielsweise das MfAA im August 1965 in Moskau, wie es auf die Bitte der PLO, in der DDR ein Büro eröffnen zu dürfen, reagieren solle¹⁹⁷. Selbst die Diplomaten in Kairo rieten im Sommer 1966 von einer Anerkennung der PLO ab und sprachen sich dagegen aus, die Palästinahilfe des AASK und anderer „gesellschaftlicher Organisationen“ der DDR auf ein signifikantes Niveau anzuheben¹⁹⁸. Gefragt war nach Meinung der MfAA-Vertretung in Ägypten zudem eine mit den sozialistischen Staaten sowie dem Kreml abgestimmte, einheitliche Politik und kein ambitioniertes Engagement der DDR¹⁹⁹. Diese Stellungnahmen widersprechen der These Angelika Timms, wonach das SED-Regime seit 1963 eine dezidiert propalästinensische Überzeugung vertreten und auch eine vermeintliche Vorreiterrolle innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft eingenommen haben soll²⁰⁰.

Auch im Wissen um die innerarabischen Kontroversen und eine mögliche internationale Diskreditierung sei man in Ost-Berlin – so Timm – ab 1965 bei der propalästinensischen Haltung geblieben, „die offensichtlich nicht nur interessenbedingt war, sondern der auch ein gewisses politisches Sendungsbewusstsein zugrunde lag. Da die Palästinafrage international als Schlüssel zur Lösung des Nahostkonfliktes galt, war zudem nicht auszuschließen, dass eine Unterstützung der PLO die Chance in sich barg, auf das Geschehen in der Region politisch Einfluss zu nehmen.“²⁰¹ Timm schlussfolgert dies, obwohl sie sich auf den MfAA-Bericht aus Kairo vom 23. August 1966 beruft, in dem es ausdrücklich heißt, die ostdeutsch-palästinensischen Beziehungen seien so zu gestalten, dass ausgeschlossen werden könne, dass „die DDR politisch in die Lösung der Palästinafrage einbe-

¹⁹⁶ Vgl. BArch, DR 3/2. Schicht, B 1544/3d, Übersicht der Sondermaßnahmen, o. D. Gemäß Statistiken des Herder-Instituts Leipzig, das die Vorbereitungskurse in Deutsch für ausländische Studierende in der DDR anbot, unterrichtete man zwischen 1958 und 1964 insgesamt neun Personen, zu denen man als Geburtsort „Palästina“ vermerkte. Der genannten erstmaligen Aufnahme von Palästinensern 1966 widerspricht dies insofern nicht, als durch Zusätze wie „Palästina/Jordanien“ o. „Palästina/Syrien“ deutlich gemacht wurde, dass man diese ersten Studenten nicht dezidiert als Palästinenser ansah. Folglich war deren Ausbildung Teil der Jordanien u. Syrien gewährten Unterstützung u. wurde seitens ostdeutscher Offizieller nicht als originär propalästinensische Solidarität verstanden, vgl. UAL, Studentenkartei des Herder-Instituts.

¹⁹⁷ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des Generalkonsulates Kairo an das MfAA, 24. 08. 1965, Bl. 36.

¹⁹⁸ Vgl. PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 23. 08. 1966, Bl. 48–52.

¹⁹⁹ So ebd., Bl. 47 f.

²⁰⁰ So Timm, Davidstern, S. 269 f.

²⁰¹ So ebd., S. 271.

zogen“ werde²⁰². Bereits diese Aussage, die Timm nicht zitiert, steht im Widerspruch zu der von ihr behaupteten Politik Walter Ulbrichts, die angeblich sendungsbewusst versuchte, mithilfe der PLO Einfluss auf den Nahostkonflikt zu nehmen. Auch der weitere Duktus dieser Quelle vom 23. August 1966 macht deutlich, dass die Regierung der DDR nicht gewillt war, eine prononciert propalästinensische Politik zu betreiben und damit die Avantgarde der sozialistischen Gemeinschaft zu bilden. Im Gegenteil: Die Diplomaten des MfAA drangen auf ein konsistentes sozialistisches Vorgehen, ohne eine eventuelle Sonderrolle der DDR.

Hätte Ulbricht eine solche politische Pionierarbeit leisten können, wenn der Krenl die PLO nicht beachtete und auch die Palästinenser nicht aufwerten wollte, wie dies die internationale Forschung darlegt? Die Sowjetunion ignorierte die PLO seit deren Gründung 1964, weil man sie für politisch zu schwach und als extremistisch einschätzte²⁰³. Außerdem waren Moskau die palästinensischen Kontakte zum innerkommunistischen chinesischen Rivalen suspekt²⁰⁴. Ahmad Shuqairi, der seit 1964 amtierende Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, wurde indes von der sowjetischen Seite durchaus geschätzt. Ein Vermerk der ostdeutschen Vertretung in Kairo hielt schon Ende September 1963 fest, Shuqairi sei dem Krenl aufgrund seiner Tätigkeit für Saudi-Arabien bei den Vereinten Nationen seit Jahren bekannt und habe bereits 1962 mit Nikita Chruschtschow sprechen können: „El Choukeiri [Ahmad Shuqairi] befand sich 1962 in der Sowjetunion und hatte eine fünfstündige Aussprache mit Chruschtschow. Von Vertretern der sowjetischen Botschaft in Kairo wird er als eine ernst zu nehmende, sehr klar denkende Persönlichkeit geschildert.“²⁰⁵

Dass Walter Ulbrichts Vorstoß für die palästinensische Selbstbestimmung 1965 nicht nur in den arabischen Hauptstädten verhallte, sondern auch von Moskau sowie den übrigen sozialistischen Ländern nicht aufgegriffen wurde, spricht dafür, dass die Sowjetunion die PLO nicht offensiv unterstützen wollte. Es muss folglich auch als Indiz gewertet werden, dass Walter Ulbricht im März 1965 aus nationalem Interesse weiter gegangen war, als es der Krenl befürwortete oder willkommen hieß. Dass Ulbricht seine Forderung nach palästinensischer Selbstbestimmung vorab mit der Sowjetunion abstimmte, ist unwahrscheinlich. Zudem

²⁰² So PA-AA, Bestand MfAA, C 7.665, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 23.08.1966, Bl. 51. Vgl. auch Timm, Davidstern, S. 271.

²⁰³ Vgl. Golan, Soviet Union and the PLO, S. 1; dies., Moscow and the PLO, S. 121; dies., Uneasy Alliance, S. 6–8, 26–30; Dannreuther, Soviet Union, S. 30–33; Timm, Davidstern, S. 269.

²⁰⁴ Vgl. Selim, Nonstate Actor, S. 293f.; Harris, PLO, S. 123–139, 147f.; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 307f.; Cobban, Palestinian Liberation Organisation, S. 222; Golan, Uneasy Alliance, S. 6; dies., Soviet Union and the PLO, S. 1; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 168. Im März 1965 eröffnete in China eines der ersten PLO-Büros außerhalb des Nahen Ostens. Ein Jahr zuvor hatte die Führung in Peking den Fatah-Vorsitzenden Arafat erstmals offiziell empfangen, vgl. Sayigh, Palestinians, S. 128; Kapeliouk, Arafat, S. 59; Hart, Arafat, S. 157; Nassar, Palestine Liberation Organization, S. 165; PA-AA, Zwischenarchiv, 108.756, Bericht der Botschaft Peking an das AA, 27. 12. 1976.

²⁰⁵ So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.820, Schreiben der Vertretung Kairo an das MfAA, 24. 09. 1963, Bl. 88f.

hätte auch aus Sicht des Kreml die international diplomatisch nicht anerkannte DDR nur eine geringe Chance besessen, sich erfolgreich als „Vorreiterin“ sowjetisch-sozialistischer Politik zu bewähren²⁰⁶.

Nicht stichhaltig ist zudem das Argument, Ost-Berlin habe in den ersten Jahren nach Gründung der PLO aus Protest gegen deren extremistische antiisraelische Haltung lediglich gegenüber Shuqairis Organisation eine „ambivalente“ Politik verfolgt; die legitimen Interessen der Palästinenser seien von der DDR hingegen nach 1965 immer engagierter unterstützt worden²⁰⁷. Diese These ist deshalb nicht überzeugend, weil Walter Ulbricht bis zum Zeitpunkt seiner Erklärung Anfang März 1965 – als die PLO schon annähernd ein Jahr existierte – keine fundierte Solidaritätshilfe für die Palästinenser und palästinensischen Flüchtlinge bewilligt hatte. Ulbricht hätte die Palästinenser aber unterstützen können, ohne in Verruf zu geraten, mit der PLO zu kollaborieren und sich die Ziele ihrer Charta zu eigen zu machen. Die UNRWA wäre ein geeigneter Adressat gewesen. Die DDR entschied sich jedoch gegen das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und wollte stattdessen das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes stärken, indem sie die (wenigen) Mittel über die Liga der arabischen Staaten an die PLO lieferte. Die Umgehung der VN war ein bewusster politischer Schritt, denn die Palästinensische Befreiungsorganisation beziehungsweise die Liga der arabischen Staaten verteilte die Flüchtlingsunterstützung nach anderen Kriterien als die Vereinten Nationen. Die VN bei der praktischen materiellen Unterstützung der Palästinenser außen vor zu lassen, widersprach der prinzipiellen Haltung zur Konfliktlösung im Nahen Osten, in deren Mittelpunkt angeblich die Vereinten Nationen und ihre Beschlüsse standen.

Im Gegensatz zur PLO hielt das SED-Regime in den 1960er Jahren mit dem African National Congress (ANC), der South West Africa People's Organization (SWAPO) und der South West Africa National Union politische Beratungen in der DDR ab, zahlte den Gästen Flug- und Übernachtungskosten und ließ es zu, dass der Kampf des ANC auf Pressekonferenzen öffentlich in Ost-Berlin thematisiert wurde²⁰⁸. Außerdem erhielt der ANC bis 1966 über 750 000 Mark an Solidaritätshilfe und allein im Jahr 1962 fünf Studienplätze²⁰⁹. Der Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde übergab man in den Jahren zwischen 1960 und 1965 Solidaritätsgüter im Wert von rund 300 000 Mark²¹⁰. Die PLO- bezie-

²⁰⁶ Zu dem unter außenpolitischen Gesichtspunkten zu wertenden Verhältnis zwischen Ost-Berlin u. Moskau in den 1960er Jahren vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 211–233.

²⁰⁷ Vgl. Timm, Davidstern, S. 269–271; Mouna, Palestine Liberation Organisation, S. 102, 105; Meining, Kommunistische Judenpolitik, S. 307; Polkehn, DDR, S. 32–35.

²⁰⁸ Vgl. ADN: Patrioten Südafrikas danken DDR, in: ND, 07. 12. 1963, S. 5; Afrika durch Militärkomplott bedroht, in: ND, 16. 09. 1964, S. 1; Carla Wurdak: Weltjugend Sitz über Faschistenregime Südafrikas zu Gericht, in: ND, 24. 09. 1964, S. 7; BArch, DZ 8/33, Übernachtungs- und Flugkosten des ANC 1963; BArch, DZ 8/167, Vermerk, 26. 05. 1975. Vgl. auch Troche, Ulbricht, S. 30f.; Schleicher, SWAPO, S. 118.

²⁰⁹ Vgl. BArch, DZ 8/165, Vermerk, 07. 09. 1966; BArch, DZ 8/165, Schreiben des ANC an das AASK, 25. 11. 1962.

²¹⁰ Vgl. BArch, DZ 8/164, Solidarität mit der PAIGC, o. D.

hungsweise Palästinahilfe fiel in dieser Zeit finanziell signifikant geringer aus und weder Shuqairi noch seine Mitarbeiter waren ähnlich stark in der DDR präsent wie die Vertreter der anderen Befreiungsorganisationen²¹¹. Die Ursachen, die erklären helfen, weshalb der SED-Staat mit dem ANC oder auch der SWAPO zur selben Zeit unbefangener als mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation umging, hatten mit Israel, dem palästinensischen Kampf gegen den Zionismus oder der Moskauer Politik nichts zu tun. Relevant für die Entscheidung der DDR, bis 1967 hinter den Möglichkeiten der solidarischen Unterstützung der Palästinenser zurück zu bleiben und nur begrenzte, inoffizielle Beziehungen mit Ahmad Shuqairi aufzubauen, waren vielmehr zwei Besonderheiten der Befreiungsorganisation der Palästinenser: ihr fehlendes marxistisch-leninistisches, klassenmäßiges Bewusstsein und Fragen der Religiosität.

Für den Marxismus-Leninismus galt die nationale Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Teil des weltrevolutionären Prozesses hin zum klassenlosen kommunistischen Endzustand der Gesellschaft²¹². Die „nationale Befreiungsbewegung“ gehörte, neben dem „sozialistischen Weltsystem“ und der „revolutionären Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern“, zu den drei „revolutionären Hauptströmungen“, die den Sieg über den Kapitalismus herbeiführen konnten: „Diese Haltung basierte auf den Lehren der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus. Karl Marx und Friedrich Engels widmeten dem Befreiungskampf der Völker in den kolonialen und halbkolonialen Ländern große Aufmerksamkeit. Sie enthüllten das Wesen der nationalen und kolonialen Frage und wiesen die gesetzmäßig begründete Interessen- und Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse in den sogenannten Mutterländern und der unterjochten Völker in den Kolonien nach.“²¹³

Unter Lenin wurde der sich vollziehende Entkolonialisierungsprozess nach dem Ersten Weltkrieg weiter in die ideologische Weltansicht des Kommunismus inkorporiert, die als Leitlinie vorgab, dass die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht allein durch den Kampf des Proletariats und der werktätigen Massen gegen die Bourgeoisie in den europäischen Nationen stattfinden konnte, sondern eine „Kampfgemeinschaft“ mit den um Unabhängigkeit strebenden „nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen“ entstehen musste²¹⁴. In diesem Sinne galt die Unterstützung nationaler Befreiungsorganisationen als eine revolutionäre Pflicht und erhielt den Rang eines politisch-ideologischen Gebotes²¹⁵.

²¹¹ Zu den ersten Solidaritätsleistungen der DDR vgl. PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Bericht, o. D., ca. Juli 1965, Bl. 28; PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Schreiben des DRK an das MfAA, 10. 02. 1966, Bl. 92f.

²¹² Vgl. Langer, Lenin, S. 37f.; Bachmann, UdSSR, S. 30; Lamm/Kupper, DDR, S. 28–36; Troche, Ulbricht, S. 25–27; Schleicher, SWAPO, S. 116; Winzer, Außenpolitik, S. 34f.

²¹³ So Langer, Lenin, S. 37. Vgl. auch Lenin, Bericht, S. 228–232; ders., Thesen, S. 132–138; Liberal-Demokratische Partei, Befreiungsbewegungen, S. 5; Schleicher, SWAPO, S. 116.

²¹⁴ Vgl. Lenin, Karikatur, S. 25, 53; ders., Taktik der KPR, S. 505. Vgl. ebs. Bachmann, UdSSR, S. 27–35; Lamm/Kupper, DDR, S. 28f.

²¹⁵ Seit 1968 wurde dieses Gebot in jeder DDR-Verfassung hervorgehoben, vgl. Troche, Ulbricht, S. 26; Lamm/Kupper, DDR, S. 28–38. Vgl. auch Brunner, DDR „transnational“, S. 64–80.

In einem Aufsatz wurde in der außenpolitischen Fachzeitschrift der DDR 1980 der Zusammenhang zwischen Leninismus und nationalen Befreiungsbewegungen besprochen²¹⁶. Die dort vertretene These, Lenin habe eine Massenbewegung gegen nationale Unterdrückung und Kolonialismus per se als eine „national-revolutionäre Befreiungsbewegung“ definiert, ist insofern falsch, als Lenin keine Automatismen aufzeigte²¹⁷. Er erklärte es vielmehr zur Aufgabe der proletarischen Partei, die Befreiungsbewegungen zu ihrem revolutionären Zweck hinzuführen. Dabei stand für Lenin fest, dass jede dieser „Bewegungen“ in ihrem Kern „bürgerlich-demokratisch“ war²¹⁸. Sie wurde erst dann zu einer „revolutionären“ Kraft, wenn sie sich einer Umerziehung durch die proletarische Partei unterzog²¹⁹. Falls eine solche Umerziehung verweigert wurde, „entlarvte“ sich die nationale Befreiungsbewegung als reformistisch-bourgeois. Das Tätigwerden einer proletarischen Partei wiederum setzte allerdings voraus, dass sich die Befreiungsbewegung – im Bewusstsein ihrer praktischen Begrenztheit wie vorbestimmten Aufgabe – bereitfand, diesen Entwicklungsprozess zu vollziehen.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation verweigerte sich der von Lenin proklamierten ideologisch-gesetzmäßigen Aufgabe. Im Gegensatz beispielsweise zur SWAPO verbot die PLO-Charta jede Umerziehung und Einflussnahme während des Kampfes und verpflichtete sich auf keine politische Ideologie, auch nicht auf eine Aussage zum politischen System nach der „Befreiung“: „Doctrines whether political, social or economic, shall not distract the people of Palestine from primary duty of liberating their homeland. All Palestinians constitute a national front and work with all their feelings and spiritual and material potentialities to free their homeland. [...] Palestinians have three mottos: National Unity, National Mobilization, and Liberation. Once liberation is completed, the people of Palestine will choose for its public life whatever political, economic or social system they want.“²²⁰

Hinzu kam die klassenmäßige Zusammensetzung der PLO. Wie Lenin erklärte, war eine revolutionär-proletarische Befreiungsbewegung von Beginn an nicht zu erwarten. Die Träger dieser Bewegung, die Lenin lediglich als „Vertreter“ bezeichnete, charakterisierte er nur insoweit, als er deren Bereitschaft einer proletarischen Umerziehung zum Kriterium ihrer Fortschrittlichkeit machte. Allein die Bourgeoisie, so Lenin, war die Klasse, die eine revolutionäre Entwicklung in keiner Weise erlauben würde²²¹.

Als das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee der DDR 1965 zum zweiten Mal den Gazastreifen besuchte, lautete das Fazit, dass der „enorme Kontrast“ zwischen

²¹⁶ Vgl. Langer, Lenin, S. 37–48.

²¹⁷ Vgl. ebd., S. 39.

²¹⁸ Vgl. Lenin, Bericht, S. 229f.

²¹⁹ Vgl. ebd. Vgl. auch Liberal-Demokratische Partei, Befreiungsbewegungen, S. 20f.; Golan, Uneasy Alliance, S. 16.

²²⁰ So Art. 9 u. 10 der PLO-Charta von 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 141. Vgl. auch Frisch, Palestinian Military, S. 5f. Vgl. im Gegensatz dazu die sozialistisch-kommunistischen Festlegungen der SWAPO: Ansprenger, SWAPO, S. 180–203.

²²¹ Vgl. Lenin, Bericht, S. 229f. Vgl. auch Liberal-Demokratische Partei, Befreiungsbewegungen, S. 16f.

dem „Elend in den Flüchtlingslagern und dem Wohlstand des Bürgertums“ unverändert groß sei²²². Und weiter schrieb das AASK: „Farouk Hussaini ist als führendes Mitglied der PLO gleichzeitig der juristische Berater des Generalgouverneurs und besitzt zusammen mit seinem Bruder eine Plantage von über 50 Hektar mit 6000 Citrusbäumen. Er beschäftigt 15 Landarbeiter. Das ist für die dortigen Verhältnisse ein Großgrundbesitzer.“²²³ Sowohl der Einfluss des Bürgertums als auch der der Großgrundbesitzer war für eine junge Befreiungsbewegung weder ungewöhnlich noch hinderlich – solange genügend Potenzial im „demokratischen Kleinbürgertum“ vorhanden war, das sich „aktivieren“ ließ, um die „tiefgreifenden Reformen“ einzuleiten und eine „immer konsequentere antiimperialistische Position“ der Befreiungsbewegung zu festigen, denn die Bourgeoisie und das Großbürgertum widersetzten sich jedweden antikapitalistischen Maßnahmen²²⁴.

Die PLO entsprach jedoch nicht den Grundsätzen, die Lenin für Befreiungsbewegungen aufgestellt hatte. Die Forschung konstatiert zur sozialen Zusammensetzung der PLO: „During the first five years of its existence, the PLO was dominated by traditional Palestinian elements, especially local notables, businessmen, bankers and mayors.“²²⁵ Bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation waren die „kleinbürgerlichen Potenziale“ gering und zudem wurden die „bürgerlich-bourgeois“ Repräsentanten von außen beeinflusst. Die Palästinenser hatten ihre Befreiungsorganisation nicht selbst aufgebaut, sondern mithilfe der arabischen Staaten erhalten, deren gesellschaftlich-politisches System – im Duktus der DDR – „vollkommen reaktionär pro-imperialistisch“ beziehungsweise sogar „mittelalterlich-feudalistisch“ war²²⁶. In keinem der arabischen Länder dominierte eine proletarische Partei oder die Arbeiterklasse und auch das Kleinbürgertum war schwach²²⁷. Der ANC galt hingegen als „fortschrittlich“. Ihn beherrschten andere klassenmäßige Kräfte, auf seine Gremien nahmen nicht 13 Staaten Einfluss, zu denen auch und maßgeblich Länder wie die Golfemirate oder Saudi-Arabien gehörten, die den Kommunismus kategorisch ablehnten, weil er atheistisch war. Im Gegensatz zur PLO war der ANC als nationale Befreiungsorganisation unter ideologischen Gesichtspunkten aus Perspektive der SED vorbildhaft²²⁸.

²²² So PA-AA, Bestand MfAA, A 13.343, Bericht, o. D., ca. Juli 1965, Bl. 29.

²²³ So ebd.

²²⁴ Vgl. Liberal-Demokratische Partei, Befreiungsbewegungen, S. 17f.

²²⁵ So Selim, *Nonstate Actor*, S. 262, 267.

²²⁶ Bereits die „Richtlinien für die Auslandspropaganda im arabischen Programm“ von „Radio Berlin International“ hoben im Oktober 1962 hervor: „Es gilt, die nationalen Besonderheiten des Sendegebietes zu studieren, die entsprechend der Vielzahl der arabischen Länder sehr vielschichtig sind; sie reichen von unabhängigen Nationalstaaten mit einem antiimperialistischen Charakter (Algerien) über abhängige Staaten mit einem vollkommen reaktionären und pro-imperialistischen Regime (Jordanien) bis zum Typ des vom Imperialismus ausgehaltenen mittelalterlichen Feudalstaates (Saudi-arabien)“, so DRA, Karton: „Arabische Redaktion; frühe Unterlagen; Übergeben von Heinz Odermann“, Entwurf der Richtlinien für die Auslandspropaganda im arabischen Programm, 15. 10. 1962.

²²⁷ Vgl. Laqueur, *Soviet Union*, S. 297–318.

²²⁸ Zum ANC vgl. Solidaritätskomitee, *African National Congress*, S. 5–9; Ansprenger, *African National Congress*, S. 7–65. Mouna, *Palestine Liberation Organisation*, S. 102,

Für das Ost-Berliner Regime kam zu diesen sozial-strukturellen Fragen bei der PLO eine quasi spirituelle Herausforderung hinzu, denn für den Marxismus-Leninismus war die nationale Befreiungsbewegung prinzipiell areligiös²²⁹. Nassir hingegen wusste, dass er in einer muslimisch-arabischen Gesellschaft keine säkular-atheistische Befreiungsorganisation gründen konnte. Daher verfolgte die PLO zwar weltliche Ziele, blieb aber islamisch geprägt. Ihr Gründungsaufwurf begann mit den Worten: „In the name of God, the Magnificent, the Compassionate, believing in the right of the Palestinian Arab people [...] depending upon God the Almighty and in the name of the First Arab Palestine Congress held in the city of Jerusalem this day on the 16th of Muharram of the year 1384.“²³⁰ Nicht allein die Angabe gemäß islamischem Kalender oder die Proklamation der PLO im ersten Monat des islamischen Jahres war symbolisch, sondern auch, dass die Charta dieser neuen Organisation in der drittheiligsten Stadt der Muslime verabschiedet worden war²³¹. Auch jenes Grundsatzdokument hob eingangs einen Gottesbezug hervor: „In the name of the Almighty, the Magnificent, the most Merciful.“²³² Weiter hieß es, alle Palästinenser hätten „with all their feelings and spiritual [...] potentialities“ für die Befreiung Palästinas zu arbeiten²³³. Zudem gelte es „to move forward on the path of holy war until complete and final victory has been attained“²³⁴. Gemäß Artikel 10 sollten lediglich keine säkularen Ideologien das Volk von Palästina von seinem vorbestimmten Weg der Befreiung der Heimat abbringen; religiös-islamische Anschauungen wurden ausdrücklich gebilligt²³⁵. Zu einem Zeitpunkt, als im Nahen Osten noch immer die Muslimbruderschaft existierte, zielte die Gründung der PLO zudem darauf ab, den Einfluss der Islamisten auf die Palästinenser zu schwächen. Auch deshalb negierte Nassir die islamische Komponente bei Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation nicht. Als Vertreterin der politischen Interessen der Palästinenser artikulierte die PLO die der Mehrheit der Bevölkerung vertrauten islamischen Überzeugungen; in diesem Sinne war die Fatah – neben der PLO – eine zusätzliche Konkurrentin der Bruderschaft²³⁶.

Nachdem die ostdeutsche Vertretung in Kairo die Übersetzung der PLO-Charta nach Ost-Berlin weitergereicht hatte, strich das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mehrere Passagen des Textes an²³⁷. Am deutlichsten wurden nicht diejenigen hervorgehoben, die den „rassistischen, expansionistischen, ag-

erklärt die Zurückhaltung der DDR gegenüber der PLO in den ersten Jahren nach 1964 ausschließlich mit ideologischen Motiven.

²²⁹ Vgl. Lenin, Bericht, S. 228–232; ders., Thesen, S. 132–138; Langer, Lenin, S. 37–48.

²³⁰ So Statement of Proclamation of the Organisation, Mai 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 138. Vgl. auch Milton-Edwards, Islamic Politics, S. 79f.

²³¹ Zur Bedeutung Jerusalems vgl. Tessler, Conflict, S. 316f.; Nowar, Jordanian-Israeli War, S. 91.

²³² So Palestine National Covenant, 1964, in: Medzini, Israel's Foreign Relations 1948–1972, S. 139.

²³³ So Art. 9 der PLO-Charta von 1964, in: ebd., S. 141.

²³⁴ So Palestine National Covenant, 1964, in: ebd., S. 139.

²³⁵ Vgl. Art. 10 der PLO-Charta von 1964, in: ebd., S. 141.

²³⁶ Vgl. Boulby, Kings of Jordan, S. 90–93; Engelleder, Islamistische Bewegung, S. 122f.

²³⁷ Vgl. PA-AA, Bestand MFAA, A 13.343, Nationalcharta für Palästina, o. D., Bl. 14–21.

gressiven und faschistischen“ Zionismus verurteilten, die „Illegalität“ Israels behaupteten oder die verpflichtende Bekämpfung seiner Existenz festschrieben, sondern besonders markant herausgestellt wurde Artikel 15²³⁸. Dieser lautete: „The liberation of Palestine, from a spiritual viewpoint, prepares for the Holy Land an atmosphere of tranquillity and peace, in which all the Holy Places will be safeguarded, and the free worship and visit to all will be guaranteed, [...]. For all this the Palestinian people look forward to the support of all the spiritual forces in the world.“²³⁹ Derartige religiöse Bekenntnisse hielt keine der anderen Befreiungsorganisationen, mit der die DDR zum damaligen Zeitpunkt zu tun hatte, in ihren Grundsatzdokumenten fest²⁴⁰.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund jener Besonderheiten der PLO konzentrierte sich die DDR im Kampf um die eigene Anerkennung im Nahen Osten ab Mitte der 1960er Jahre auf eine scharfe antiisraelische und antizionistische Propaganda, Wirtschaftshilfen für die bestehenden arabischen Staaten und vermied es, unmissverständlich gegenüber Ägypten, Syrien und Jordanien zu fordern, nunmehr endlich das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu achten und die militärische Besetzung von Gebieten des Westjordanlandes und des Gazastreifens zu beenden, damit dort ein palästinensischer Teilstaat im Sinne der Resolution 181 entstehen konnte, der von den Arabern genauso wie von den Israelis zu respektieren sei. Die antizionistische Nahostpolitik der DDR war zwar einseitig proarabisch, nicht allerdings propalästinensisch im Sinne, dass der SED-Staat in den 1960er Jahren bereit gewesen wäre, auf Kosten seiner Beziehungen mit arabischen Staaten nationale palästinensische Rechte einzufordern. Israel und die „herrschenden Kreise“ des jüdischen Staates zu stigmatisieren war ein geeignetes Mittel, um die innerarabischen Kontroversen in der Palästinafrage zu überdecken und die anscheinend so eindeutige Schwarz-Weiß-Dichotomie zwischen den israelischen Tätern und den arabischen Opfern im Nahen Osten aufrechtzuhalten²⁴¹.

²³⁸ Vgl. ebd., Bl. 17.

²³⁹ So Art. 15 der PLO-Charta von 1964, in: Medzini, *Israel's Foreign Relations 1948-1972*, S. 142.

²⁴⁰ Ansprenger, *African National Congress*, Anhang, S. 6, betont, dass im Grundsatzdokument des ANC neben Grundrechten, wie der Meinungs- u. Religionsfreiheit, auch die Freiheit zur Predigt u. das Abhalten des Gottesdienstes garantiert wurden. Vgl. auch Westad, *Global Cold War*, S. 95f.

²⁴¹ Vgl. Illichmann, *DDR*, S. 133-214; Timm, *Schuld*, S. 140-145; dies., *Davidstern*, S. 127-146, 171-184, 236-241; Haury, *Antisemitismus*, S. 25-159, 292-455; ders., *Antizionismus*, S. 148-166; Wolffsohn, *Deutschland-Akte*, S. 177-205; Keßler, *SED*, S. 52-147; Mertens, *Antizionismus*, S. 139-145; Schwanitz, *Israel-Bild*, S. 638-653. Vgl. auch Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 278-287.